



Nach über elf Jahren an der Spitze des GVV Burgenland:

GVV-Präsident Bgm. Ernst Schmid nimmt Abschied

GVV-Forderung erfüllt:

Schwellenwerteverordnung wird bis 2013 verlängert Seite 2

Volksbefragung 2013:

„Soziales Jahr“ ist ein solides Modell Seiten 10, 11

***Der Präsident des Gemeindevertreterverbandes Burgenland,
Bgm. Ernst Schmid, und sein Team
wünschen allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern
ein gesegnetes Weihnachtsfest und Prosit Neujahr!***

Kommentar



Mag. Herbert **MARHOLD**
Landesgeschäftsführer
GVV Burgenland

*Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!*

86 Bürgermeister und 1511 Mandate in 171 Gemeinden: die SPÖ bleibt im Burgenland nach der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl am 7. Oktober unangefochten die Kommunalpartei Nummer 1 im Burgenland, mit Güssing und Stadtschlaining konnten zudem zwei wichtige Gemeinden erobert werden. Der Verlust von Oberwart und das generelle Minus bei den Bürgermeistersesseln und Mandaten, wenn auch im geringem Ausmaß, schmerzen fraglos. Kein Zweifel, ein kleiner Teil der Wähler hat mit dem Gedanken nach einem Wechsel in den Gemeindestuben gespielt. Die Schlüsse, die daraus zu ziehen sind, sind klar: Das Ergebnis ist Auftrag, verlorenes Terrain bis zur nächsten Wahl 2017 aufzuholen und neue Gemeinden für die SPÖ zu gewinnen. Nach der Wahl ist vor der Wahl, daher müssen wir sofort damit beginnen, intensiv in den Gemeinden unsere Inhalte zu vermitteln. Die Wähler haben ihren Teil beigetragen, nun sind wir gefordert.

Aber: Wir dürfen unsere Erfolge, die unbestritten sind, nicht unter einen Scheffel stellen. Ja, die burgenländischen Gemeinden stehen gut da im österreichweiten Vergleich. Diese gewachsene Attraktivität ist auch Ergebnis der konsequenten Arbeit in den vergangenen Jahren. Diese Stärken weiter zu stärken und das exzellente Potential unserer Kommunen zu nutzen, das ist unsere Verpflichtung – gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Das neue Baurecht oder die Verlängerung der Schwellenwertverordnung setzten hier wichtige Akzente.

Wir wollen die Gemeinden zu starken und menschlichen Metropolen entwickeln. Dieser Herausforderung werden wir uns stellen – mit großer Freude am Gestalten und mit aller Kraft. Starke Gemeinden stehen für eine hohe Lebensqualität, für mehr und bessere Arbeitsplätze und für sozialen Zusammenhalt. Themen, die die Burgenländerinnen und Burgenländer mehr beschäftigen, als Analysen von Wahlergebnissen.

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Herbert Marhold
Landesgeschäftsführer

Schwellenwertverordnung wird bis 2013 verlängert:

Direktvergabe von Aufträgen erleichtert

Der vehemente Einsatz des GVV Burgenland gemeinsam mit dem Städtebund, der SPÖ-GVV Niederösterreich, dem Kärntner Gemeindebund und der SPÖ Burgenland für eine Verlängerung der Schwellenwertverordnung hat sich bezahlt gemacht. Anfang November gab Bundeskanzler Werner Faymann im Rahmen einer Regierungsklausur grünes Licht dafür.

Die neuerliche Verlängerung der Schwellenwertverordnung stellt sicher, dass auch 2013 Länder, Gemeinden und Städte Dienstleistungs-, Liefer- und Bauaufträge bis zu 100.000 statt 50.000 Euro direkt vergeben können. Bei Aufträgen bis zu einem Gesamtvolumen von 1 Million Euro ist eine regionale Vergabe – im Rahmen des sogenannten nicht-offenen Verfahrens ohne Bekanntmachung – möglich. Das heißt: die Schwellenwertverordnung erleichtert eine Direktvergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand und stärkt die Kommunen in ihrer wichtigen Funktion als Auftraggeber. Davon profitieren vor allem Klein- und Mittelbetriebe, außerdem sinken die Dauer und die Kosten von Vergabeverfahren. Fazit: Die heimische Wirtschaft wird gestärkt und Arbeitsplätze werden gesichert. „Unser Einsatz hat sich bezahlt gemacht. Vor allem Gemeinden und Städte werden in ihrer Rolle als ‚Investitionsmotoren‘ gestärkt“, begrüßt GVV Burgenland Präsident Ernst Schmid die Entscheidung. Im Burgenland haben sich der Gemeindevertreterverband, der Städtebund und die SPÖ Burgenland in den letzten Wochen vehement für eine Verlängerung der Schwellenwertverordnung ausgesprochen, die bis Ende 2012 befristet war.

„Die Schwellenwerte wurden auf Druck der sozialdemokratischen Gemeindevertreter 2009 angehoben, um auf regionaler Ebene wirkungsvoll gegen die Konjunkturkrise ankämpfen zu können. Dieses Instrument hat sich bewährt“, betont KO Christian Illedits. Eine vorrangig „burgenländische“ Vergabe von öffentlichen Aufträgen sei ein wesentlicher Bestandteil des von der SPÖ konzipierten Arbeitsmarkt-Schutzschirmes, erläutert Illedits: „Die Vergabe von Aufträgen an burgenländische Unternehmen beugt auch dem Lohn- und Sozialdumping vor.“



Ziehen an einem Strang: GVV-Präsident Bgm. Ernst Schmid, Städtebund-Vorsitzende LABg. Bgm. Ingrid Salamon, KO Christian Illedits

Zur Sache

*Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!*

Am 29.09.2001 habe ich auf der 15. ordentlichen Landeskonferenz des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes das Präsidentenamt vom damaligen Präsidenten Walter Prior übernommen. Am 23.2.2013 werde ich – auf der 21. ordentlichen Landeskonferenz in Eisenstadt – dieses Amt an meinen Nachfolger übergeben. Für mich als Gemeindevertreter mit Leib und Seele, war diese Präsidentschaft sicherlich ein Höhepunkt in meiner kommunalen Karriere. Von 2008 bis 2011 wurde ich von der Sozialdemokratischen Fraktion im Österreichischen Gemeindebund zum Fraktionsführer und auch zum Vizepräsidenten des Gemeindebundes gewählt. Ein Amt, dass traditionell dem Niederösterreichischen SPÖ GVV zusteht, wurde erstmals dem Burgenland übertragen.

Ich glaube mit Fug und Recht sagen zu können, dass in diesen Jahren wichtige Maßnahmen zur guten Weiterentwicklung des GVV gesetzt wurden. Maßnahmen, die eine erheblichen Qualitätsverbesserung unserer Leistungen gebracht haben. Ab 2004 wurde mit Mag. Herbert Marhold ein Landesgeschäftsführer im Verband angestellt, sodass wir wieder über ein gutes, funktionierendes Team verfügten. 2005 haben wir unsere Homepage samt Online-Shop ins Netz gestellt. Damals wie heute ein wichtiges Projekt. Gerade unsere Billets und Bücher zu allen möglichen kommunalen Ereignissen werden stark nachgefragt. Im Jahr verkaufen wir im Schnitt 7000 Billets. Dazu kommen seit Einführung des Shops weit über 1000 Gemeindeordnungen, Geschäftsordnungen und Gemeindevahlordnungen.

Seit meinem Amtsantritt vor mehr als elf Jahren ist viel passiert. Wir haben die schwarz-blau-orange Aushöhlungspolitik miterleben müssen und bei der Gemeinderatswahl 2002 mit knapp plus 4 Prozent sowohl bei der Bürgermeisterwahl als auch bei der Gemeinderatswahl den bisher größten Erfolg auf kommunaler Ebene feiern können. 95 SPÖ-geführte Gemeinden markieren bis heute den Höchststand!

Nicht missen will ich die Erinnerungen an unsere Gastgeberrolle beim Österreichischen Gemeindetag 2005 in Oberwart. Dieser Event hat uns viel Lob aus den anderen Bundesländern eingebracht, wir haben damals erstmals das von uns entwickelte, elektronische Anmeldesystem für die mehr als 2000 Delegierten zum Einsatz gebracht. Ein System, das seither auf allen anderen Gemeindetagen verwendet wird.

In den Jahren meiner Präsidentschaft ist es auch gelungen, die Arbeitsbedingungen für GemeindevandamentarInnen zu verbessern. 2007 konnten wir im Zuge der Änderung des Gemeindebezügegesetzes die Aktivbezüge aller GemeindevandamentarInnen anheben. Drei Jahre später erfolgte dann die große Novellierung der Gemeindeordnung im Burgenland, bei der wir viele Kompetenzen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erweitern konnten und auch die Rechte der Min-

derheiten gestärkt wurden. Auch die Kontrollrechte wurden bei dieser Novellierung verschärft. 2011 konnten wir dann österreichweit – auf Initiative des GVV Burgenland – die sozialrechtliche Absicherung der GemeindevandamentarInnen deutlich verbessern. Mit der Änderung im Sozialversicherungsgesetz konnte die Zuverdienstgrenze erhöht werden und es gibt jetzt eine Arbeitslosenversicherung.

Das Jahr 2012 stand ganz im Zeichen der Gemeinderatswahlen und ich glaube sagen zu können, dass es noch nie eine so gute, rechtliche Vorbereitung auf eine Wahl gegeben hat, wie heuer.

Insgesamt blicke ich auf eine schöne, abwechslungsreiche und, wie ich glaube, auch sehr erfolgreiche Zeit als Präsident des GVV Burgenland zurück. Ich möchte auf diesem Weg meinem Nachfolger viel Glück und Erfolg wünschen, mich bei Euch allen für das Vertrauen bedanken und ich wünsche allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern gesegnete Weihnachten und ein frohes neues Jahr!

Mit freundschaftlichen Grüßen

Euer




Bürgermeister
Ernst SCHMID
Präsident
des GVV Burgenland

kurz & bündig

Kreditverträge: Laufzeiten prüfen

Konditionserhöhungen bei Krediten sind weiterhin Thema bei Gesprächen zwischen Gemeindevertretern und Geldinstituten. Bei einer Besprechung zwischen dem Gemeindebund und der Erste Bank kündigte das Institut an, dass künftige Konditionserhöhungen soweit wie möglich nicht im laufenden, sondern erst im darauffolgenden Haushaltsjahr erfolgen sollen.

Seitens der Kommunalkredit werden einseitige Konditionenerhöhungen dezidiert ausgeschlossen. Das Geldhaus will sich darauf beschränken, nur in jenen Vertragsverhältnissen, welche beiden Parteien eine Vertragsbeendigung erlauben, eine konsensuale Margenanpassung vorzunehmen.

Da laut Gemeindebund davon auszugehen ist, dass Banken bei einer Restlaufzeit von höchstens fünf Jahren noch am ehesten bereit sind, von Erhöhungen der Aufschläge Abstand zu nehmen, kann eine Überprüfung der einzelnen Kreditverträge insbesondere auch im Hinblick auf deren Laufzeit sinnvoll sein. •

Rettungseuro 2013

In der letzten Rettungsbeiratung 2012 wurde der „Rettungseuro 2013“ mit 8,30 Euro pro Einwohner und Jahr festgelegt (2012: 7,59 Euro). Mit diesem Betrag sind der örtliche und der überörtliche Rettungsdienst, das Notarztwesen sowie die Flugrettung abgedeckt.

Bei der Finanzierung hat sich im Burgenland ein Mischsystem etabliert: Land und Gemeinden tragen je 50% der Kosten. •

Infos, Service & Tipps auf

www.gvvgld.at



Über ein Jahrzehnt lang hat Bgm. Ernst Schmid als Präsident erfolgreich die Geschicke des GVV Burgenland geführt. Foto: zVg

Ein Kommunalpolitiker mit Leib und Seele tritt ab

2001 übernahm Ernst Schmid die Agenden des Präsidenten im GVV Burgenland, im Februar 2013 wird er seine Funktion an seinen Nachfolger übergeben. Schmid, Jahrgang 1949, ist bis heute mit Leib und Seele Kommunalpolitiker. Die politische Bühne betrat er – wenig überraschend – in seiner Heimatgemeinde Oggau, wo er als frischgebackener Gemeinderat 1979 den Grundstein für eine erfolgreiche politischen Laufbahn legte.

Mit dem Engagement im Oggauer Gemeinderat führte die politische Karriereleiter Schmid steil nach oben. Schon drei Jahre später übernahm er die Aufgaben des Vizebürgermeisters. 1997 wurde Schmid Bürgermeister, eine Aufgabe, die er bis zum heutigen Tag mit Bedacht und großem Einsatz für die Menschen in Oggau ausfüllt. Breits ein Jahr zuvor wurde der Kommunalpolitiker in den burgenländischen Landtag gewählt, wo er bis 2010 tätig war. Ein Jahr lang, 1996, vertrat der scheidende Präsident das Burgenland im Bundesrat.

Im September 2001 trat Schmid als

neu gekürter Präsident des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes Burgenland in die Fußstapfen seines Vorgängers Walter Prior. In den über elf Jahren seiner Präsidentschaft hat der Oggauer gemeinsam mit seinen Mitstreitern viel für die burgenländischen Gemeinden erreicht (mehr dazu auf Seite 2). Von 2004 bis 2011 hat er auch als Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes konsequent und mit Nachdruck die Interessen der Kommunen vertreten.

Kommunalpolitik als Herzstück von Schmid's politischer Tätigkeit

Die Kommunalpolitik war seit jeher das Herzstück im politischen Leben Schmid's, daran hat sich bis heute nichts geändert. Am 23.2.2013 wird er auf der 21. ordentlichen Landeskonferenz in Eisenstadt das Amt des Präsidenten an seinen Nachfolger übergeben. Mit seinem Rückzug aus der GVV Burgenland wird eine Ära enden, und damit ein Teil seines politischen Schaffens. In seiner Heimatgemeinde bleibt Schmid weiter als Bürgermeister in führender und lenkender Position tätig. Dort, wo seine politische Karriere begann, schließt sich nun der Kreis ... •

SPÖ-GVV Niederösterreich feiert 65-jähriges Jubiläum

Zahlreiche MandatarInnen und BürgermeisterInnen folgten am 3. Dezember der Einladung des SPÖ-GVV-NÖ zur 65er Jubiläumsfeier nach Wiener Neustadt und füllten dort das „Skyline“ bis auf den letzten Platz. Darunter auch die drei Ehrenpräsidenten Alfred Haufek, Anton Koczur und Bernd Vögerle.

Der legendäre Gemeindefereferent Alt-LH-Stv. Ernst Höger und LH-Stv. Dr. Sepp Leitner konnten als Referenten gewonnen werden. GVV-Präsident Rupert Dworak sprach auch brisante kommunale Themen wie die großen Probleme mit den Transferzahlungen an. Dworak: „Die Aufgaben, die an uns herangetragen werden, werden immer vielfältiger. Aber der Verband der

sozialdemokratischen GemeindevertreterInnen ist heuer nicht nur eine moderne Serviceorganisation für unsere Gemeinden, sondern auch Wegbereiter für zukunftssträchtige kommunale Themen. Die Gemeinden denken in vielen Bereichen vor – und wir als Verband begleiten sie als starker Partner an ihrer Seite!“

Im Rahmen des Festakts wurde auch die Wiener Neustädter Altbürgermeisterin Traude Dierdorf vom GVV für ihre großen kommunalpolitischen Verdienste mit den Goldenen Ehrenzeichen ausgezeichnet. Auch Glückwünsche zu ihrem 65. Geburtstag konnte die ehemalige Stadtchefin entgegennehmen. GVV Präsident Ernst Schmid und Landesgeschäftsführer Herbert Marhold gratulierten dem Schwesternverband zum 65er Jubiläum. •



Labg. Gerhard Pongracz Foto: zVg

Gerhard Pongracz sagt adieu

Nach der verlorenen Stichwahl am 4. November nahm Ex-SPÖ-Bürgermeister Gerhard Pongracz eine SPÖ-Mitgliederversammlung zum Anlass, die meisten Funktionen zurückzulegen. Er geht sowohl als Partei-Vorsitzender als auch als Gemeinderat. Pongracz wird damit nicht Vize-Bürgermeister von Oberwart. Landtagsabgeordneter der SPÖ wird er aber bleiben.

Gerhard Pongracz war zehn Jahre Stadtchef der zweitgrößten Gemeinde des Burgenlandes, er hat in der damals ÖVP-regierten Gemeinde 2002 sowohl die Bürgermeister- als auch die Gemeinderatswahl gewonnen. 2007 konnte er seinen damaligen Erfolg bestätigen. •



GVV Burgenland Landes-GF Mag. Herbert Marhold, GVV NÖ Direktor Mag. Ewald Buschenreiter, die Präsidenten Bgm. Ernst Schmid und Labg. Bgm. Rupert Dworak sowie Mag. Stefan Primosch, Landes-GF Kärntner Gemeindebund (v.l.)

DESIGN | PERFORMANCE | ADVANCED TECHNOLOGY

WWW.GITGO.AT

kurz & bündig

Medientransparenz

Die burgenländische Landesregierung hat im Sommer dieses Jahres infolge des Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetzes (MedKF-TG) eine Verordnung erlassen, die Ausgestaltung und Inhalt entgeltlicher Einschaltungen der öffentlichen Hand regelt. Davon betroffen sind, so der Wortlaut des Gesetzes, „Veröffentlichungen, die von Organen des Landes oder der Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern in Auftrag gegeben werden.“

Damit ist klar, dass das MedKF-TG im Burgenland nur für Organe des Landes sowie für Organe der Freistadt Eisenstadt, als einzige Gemeinde mit über 10.000 Einwohnern, Geltung hat. Die „üblichen“ Weihnachtsgrüße der BürgermeisterInnen und anderer Organe sowie andere Einschaltungen in Medien, die von Organen der Gemeinden (Ausnahme Eisenstadt) in Auftrag gegeben werden, können wie bisher durchgeführt werden. •

Anti-Korruption: offene Fragen bleiben

Die Bundesregierung hat im Sommer die Verschärfungen der Anti-Korruptionsbestimmungen beschlossen. Diese enthalten auch viele Bestimmungen die Gemeindebedienstete und politische Funktionäre auf kommunaler Ebene betreffen.

Diese Gesetzesänderung war zum großen Teil ein Kompromiss, der leider viele Fragen offen lässt bzw. einen großen Interpretationsspielraum gewährt. Das macht eine abschließende Bewertung der strafrechtlich relevanten Tatbestände im Sinne dieses Gesetzes nur bedingt möglich. Fallbeispiele von Dr. Martin Huber, Landesgeschäftsführer des Salzburger Gemeindeverbandes, helfen dabei, Klarheit zu schaffen. Dazu können einige Praxisbeispiele auf der Homepage des GVV Burgenland (www.gvvbgld.at) in der Rubrik „aktuelle Downloads“ abgerufen werden („Korruptionsstrafrecht neu“). •

Gaßner fordert Entfall der Umsatzsteuer bei Gemeinden

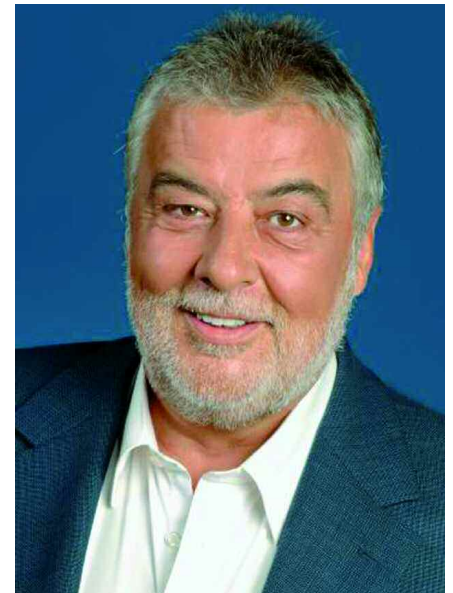
Gemeindekooperationen nicht zusätzlich erschweren

Neuerungen im Umsatzsteuerrecht würden für Gemeindekooperationen Probleme ergeben, darauf weist SPÖ-Kommunalsprecher Kurt Gaßner im letzten Finanzausschuss des Nationalrats hin. Der Mandatar verlangt rasche Verhandlungen: „Wir müssen Gemeindekooperationen fördern, nicht erschweren.“

„Nach einer Präzisierung der Umsatzsteuerrichtlinie werden Gemeinden und Kooperationen in bestimmten Fällen umsatzsteuerpflichtig, wenn von Gemeinde zu Gemeinde Kosten verrechnet werden. Das bedeutet für die Gemeinden, die unter besonderem Sparzwang stehen, ein hohe zusätzliche Belastung“, so Gaßner, der auf die negative Wirkung dieser neuen Rechtsansicht des Finanzministeriums hinweist – vor allem angesichts der berechtigten Forderung nach einer Steigerung der Verwaltungseffizienz.

Auf Kooperationen zwischen Gemeinden fallen nun 20 Prozent Umsatzsteuer an. „Damit entstehen enorme Kosten, gerade für jene, die sparen wollen. Das ist unsinnig“, so Gaßner, der hier einen dringenden

Änderungsbedarf sieht. Der SPÖ-Kommunalsprecher verlangt nun von der Finanzministerin nach einer Lösung. „Kooperationen sollen gleichgestellt werden mit Dienstleistungen innerhalb einer Gemeinde, damit Gemeindekooperationen gefördert und nicht erschwert werden“, so Gaßner, der hier rasche Verhandlungen für neue Rahmenbedingungen erwartet. •



SPÖ-Kommunalsprecher Kurt Gaßner

Foto: zVg

**21. ordentliche Landeskonferenz
des GVV Burgenland
am
23. Februar 2013
im Kultur- und Kongresszentrum Eisenstadt
Beginn 9.00 Uhr
mit der Neuwahl der Gremien
&
der Verabschiedung von
GVV Präsident Bürgermeister Ernst Schmid**

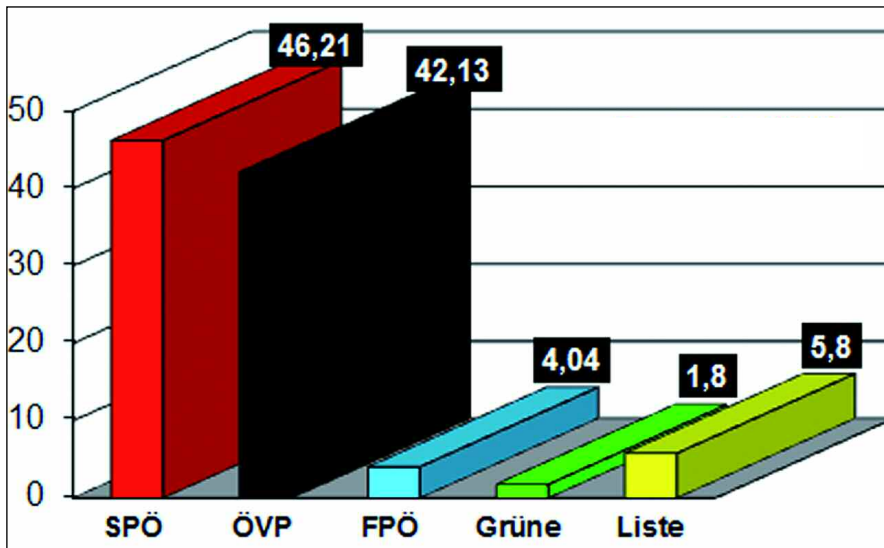
Ich bin Energie-Gewinnerin



energie
BURGENLAND

Julia Weber
aus Forchtenstein.
Eine von 286.000
Energie-GewinnerInnen.

Prozente Burgenland GR-Wahl 2012



GR-Wahl : SPÖ verliert leicht Top bei jungen

Das Endergebnis der Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen im Burgenland hat für die SPÖ und die ÖVP leichte Verluste und für die FPÖ, die Listen und sowie die Grünen leichte Mandatsgewinne gebracht. Gewählt wurde in allen 171 Gemeinden, in 13 Gemeinden gab es eine Stichwahl, in 12 davon mit SPÖ Beteiligung.

Die SPÖ kam 2012 bei der GR-Wahl auf 46,2 Prozent der Stimmen. Gegenüber der Wahl von 2007 ist das ein Minus von 1,45 Prozentpunkten. Die ÖVP erreichte 42,13 Prozent der Stimmen, das ist ein Minus von 0,96 Prozentpunkten. Die FPÖ kam auf 4,04 Prozent (+1,11%). Die Grünen erreichten 1,80 Prozent der Stimmen und verzeichneten somit ein Plus von 0,41 Prozentpunkten. Die LBL kam auf 1,62 Prozent, das ist ein Minus von 0,24 Prozent, sonstige Bürger- und Namenslisten erreichten 4,18 Prozent.

Insgesamt wurden diesmal 3143 statt 3117 Mandate vergeben. Die SPÖ errang 1.511 Mandate, ein Verlust von 35 Mandaten. Die ÖVP kam auf 1.363 Mandate, ein Minus 14 Mandaten.

Die FPÖ erreichte 81 Mandate und legte um 28 Mandaten zu, die Grünen gewannen 7 Mandate dazu und halten nun bei 27 Mandaten.

39 Mandate für die LBL bedeutet ein Plus von 9 Mandaten. Sonstige Listen erreichten 122 Mandate.

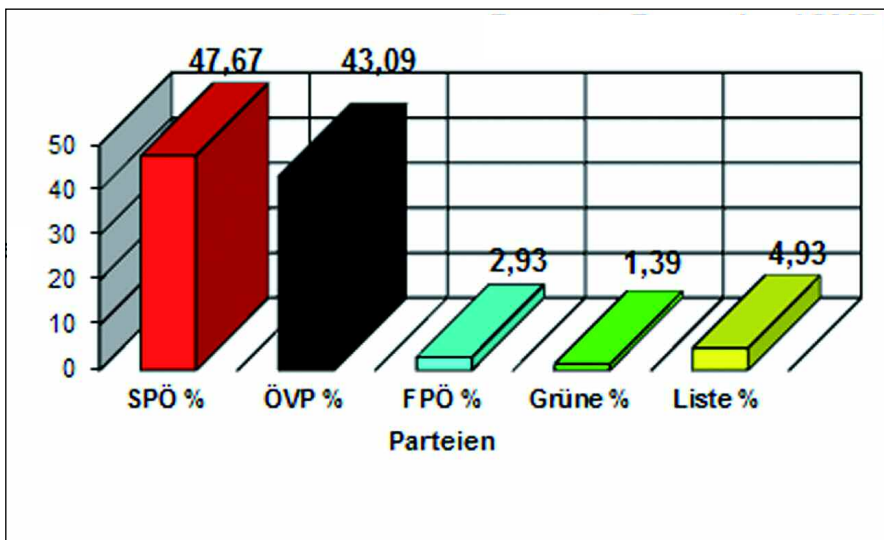
Das Gesamtergebnis der Bürgermeisterwahl

Die SPÖ stellt aktuell 86 Bürgermeister (-2). Die ÖVP konnte die Anzahl der Ortschefs konstant bei 78 halten. Die Listen stellen nach der Wahl – inklusive LBL – 7 Bürgermeister, ein Plus von 2 Bürgermeistern.

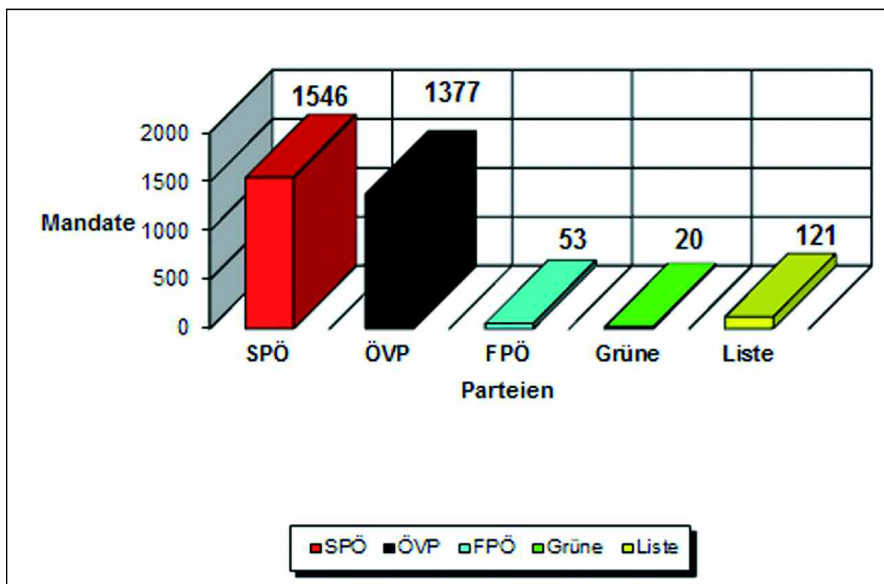
Bürgermeister-Stichwahlen

Am 4. November gab es in 13 Gemeinden Bürgermeister-Stichwahlen. In 12 Gemeinden war die SPÖ an Stichwahlen beteiligt. Gewonnen wurden Deutsch Jahrndorf, Illmitz,

Prozente Burgenland GR-Wahl 2007



Mandatsverteilung Burgenland GR-Wahl 2007



an Prozenten und Mandaten MandatarInnen



SPÖ ist beim Nachwuchs gut aufgestellt: Bürgermeister von Mörbisch Jürgen Marx, LH Hans Niessl, SJ-Landesvorsitzender Kilian Brandstätter und Vizebürgermeister von Pöttelsdorf Manuel Bauer (v.l.)

Foto: Büro LH

Kittsee, Kobersdorf und Mannersdorf. Verloren wurden Andau, Großhöflein, Wulkaprodersdorf, Schützen, Ritzing, Oberdorf und Oberwart. In Lutzmannsburg wurde ein Listenbürgermeister gewählt.

Wahlbeteiligung leicht gesunken

Die Wahlbeteiligung lag bei 82,49 Prozent, gegenüber der der Wahl 2007 ist das ein Minus von 0,42 Prozent.

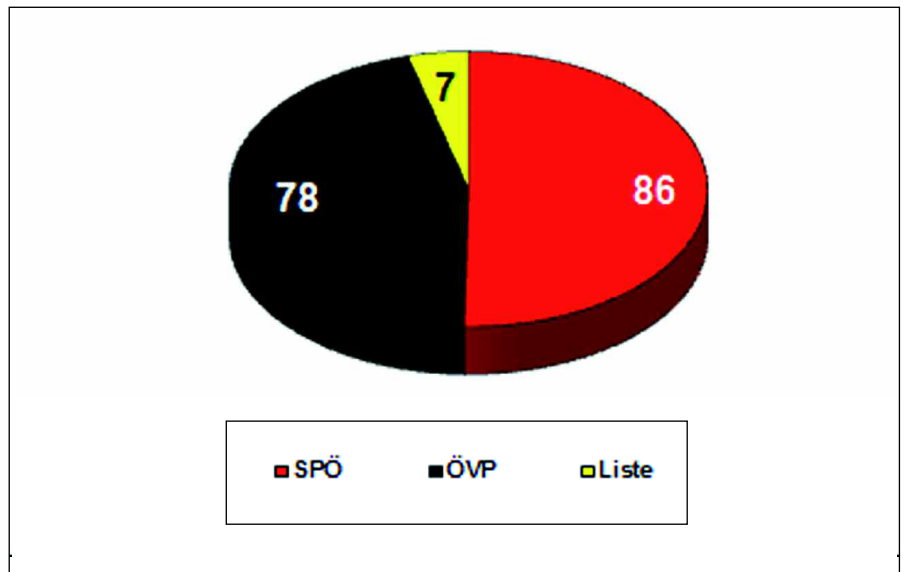
SPÖ ist top bei den jungen GemeinderätInnen

Eine positive Wahl-Bilanz ziehen Landeshauptmann Niessl und die SJ: noch nie wurden so viele Jugendliche SPÖ GemeinderätInnen angelobt wie nach der jüngsten GR-Wahl. Das Wahlziel von 130 JugendgemeinderätInnen wurde übertroffen. Insgesamt werden in der laufenden Legislaturperiode 132 Personen, die nicht älter als 28 Jahre sind, in den burgenländischen Gemeinderäten ihre Ideen einbringen.

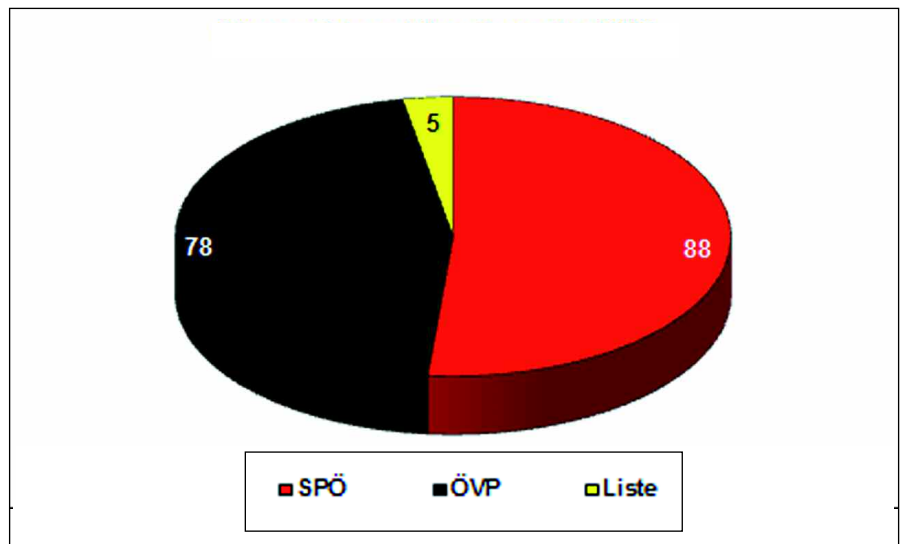
Mit Jürgen Marx in Mörbisch stellt die SPÖ den jüngsten Bürgermeister Österreichs, der 23-jährige Manuel Bauer wurde in Pöttelsdorf zum jüngsten Vizebürgermeister gewählt.

Positiv ist auch, dass „Wählen mit 16“ überdurchschnittlich gut angenommen wurde.

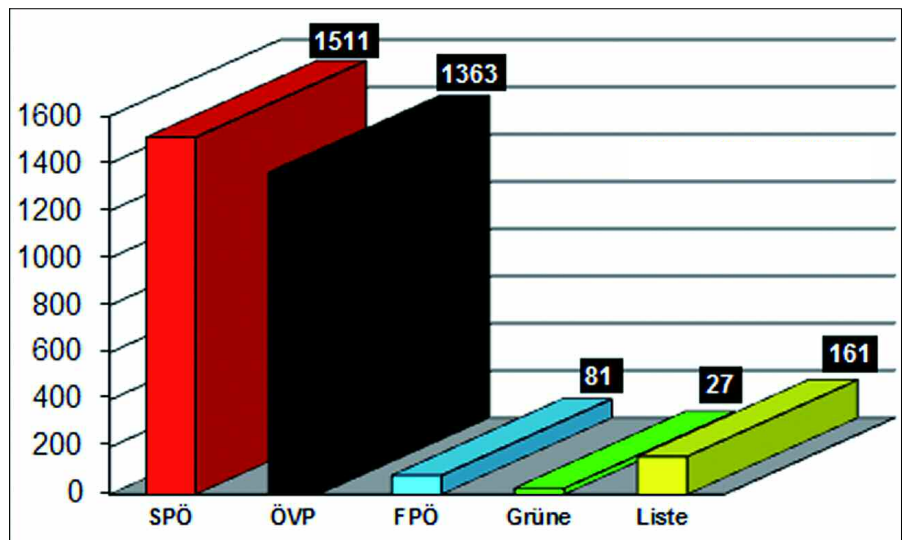
Bürgermeisterverteilung Burgenland 2012



Bürgermeisterverteilung Burgenland 2007



Mandate Burgenland GR-Wahl 2012





Mag. Wolfgang Dihanits, Samariterbund Landessekretär Bgld.

Soziales Jahr ist ein solides Modell

Die Aussage des Roten Kreuzes Burgenland, wonach es ohne den Zivildienst in Zukunft keine Freiwilligen im Gesundheitsbereich mehr geben werde, kann der Samariterbund Burgenland nicht bestätigen. „Sozialminister Hundstorfer hat mit dem Sozialen Jahr ein solides Alternativmodell zum Zivildienst vorgestellt, das im Gespräch mit den Rettungsorganisationen noch weiter verbessert wurde“, erklärt Mag. Wolfgang Dihanits, Landessekretär des Samariterbund Burgenland. So wurden die zur Verfügung gestellten Plätze auf 8.000 Personen im Jahr erhöht und zum Beispiel für Medizinstudenten zusätzliche Anreize geschaffen.

Negative Auswirkungen auf die Freiwilligenarbeit erwartet man beim Samariterbund nicht, so Dihanits: „Mit dem Sozialen Jahr haben Menschen jeden Geschlechts und Alters eine Chance, ins Rettungs-, Gesundheits- oder Sozialwesen einzusteigen.“

Burgenland: 7-Punkte-Programm für mehr Sicherheit Land und BMI unterzeichnen Sicherheitspartnerschaft

Landeshauptmann Hans Niessl, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl haben am 23. November eine Sicherheitsvereinbarung unterzeichnet, die ein Bündel an Maßnahmen für mehr Sicherheit im Burgenland vorsieht.

Das 7-Punkte-Programm hat sowohl infrastrukturelle Maßnahmen, wie die Errichtung des Digitalfunks oder die Schaffung einer neuen Polizeiinspektion im Raum Rudersdorf, als auch personelle Maßnahmen zum Inhalt. Die besonders belastete Region Nordburgenland erhält 30 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten. Außerdem ist geplant, in jenen burgenländischen Gemeinden, in welchen keine Polizeiinspektion vorhanden ist, im Rahmen eines Pilotprojek-

tes einen Probebetrieb mit lokalen „Dorfpolizisten“ einzurichten. Darüber hinaus wird zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität eine Spezialeinheit „SOKO Schlepperei“ in Eisenstadt eingerichtet. Das im Burgenland bereits erfolgreich begonnene Projekt „Nachbarschaftshilfe Sicherheit“ soll in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium ausgebaut und nach einer positiven Pilotphase auf ganz Österreich ausgedehnt werden. „Das sind wichtige Weichenstellungen und Maßnahmen für Sicherheit der Menschen im Burgenland. Klar ist aber auch: Diese Maßnahmen sollen uns nicht nur ein mehr an Sicherheit bringen, sondern auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nachhaltig verbessern“, so Landeshauptmann Niessl.

Trotz großartiger Erfolge im Bereich der Sicherheit müsse man ganz klar sagen, dass eine umfassende Sicherheitsvorsorge ohne die Einbeziehung des Innenministeriums und eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung ohne Polizei undenkbar sei. „Deshalb war es mir so wichtig gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres eine Vereinbarung zu schließen die den Zweck hat, durch gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit und den effektiven Polizeieinsatz zu verbessern und zukunftstaugliche Lösungen im infrastrukturellen Bereich zu verwirklichen“, so Niessl.



LH Hans Niessl mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner Foto: LMS

Volksbefragung

Stimmabgabe per Stimmkarte – darauf sollte man achten

Grundsätzlich kann man per Stimmkarte sowohl im Inland (vor einer „fliegenden Wahlbehörde“ oder per Briefwahl) als auch im Ausland (per Briefwahl) an der Volksbefragung teilnehmen.

Wie kommt man zu einer Stimmkarte?

Die Stimmkarte kann persönlich, per Telefax, per E-Mail oder via Internetadresse bei der Hauptwohn-

sitz-Gemeinde angefordert werden. Stimmkarten können nicht per Telefon beantragt werden! Um Missverständnisse zu vermeiden, kann an die zuständige Gemeinde pro Person immer nur ein Antrag für eine Stimmkarte gestellt werden. Der letztmögliche Zeitpunkt für schriftliche Anträge ist der 16. Jänner 2013, für mündliche Anträge (persönliches Erscheinen notwendig!) ist es der 18. Jänner 2013, 12.00 Uhr.

Stimmkarten werden „eingeschrieben“ übermittelt, es sei denn, die elektronische Anforderung war digital signiert. Sie muss spätestens am Tag der Volksbefragung 20. Jänner 2013, 17.00h, bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde einlangen. Die Stimmkarte kann am Tag der Volksbefragung zu den jeweiligen Öffnungszeiten auch in einem Wahllokal des Stimmbezirks des Stimmberechtigten abgegeben werden.

Volksbefragung 2013

Eine Information des Bundesministeriums für Inneres

Die Frage wird lauten:

- a) **Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres**
oder
- b) **sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?**

**Volksbefragung am
Sonntag, 20. Jänner 2013**

Stimmberechtigt sind:

- **österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger**, die spätestens am Tag der Volksbefragung (20. Jänner 2013) 16 Jahre alt werden und ihren Hauptwohnsitz in Österreich haben;
- **Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher**, die ihren Hauptwohnsitz im Ausland haben und in der Wählerevidenz einer österreichischen Gemeinde eingetragen sind.

Stimmabgabe **persönlich** mit amtlichem Lichtbildausweis:

- **im Wahllokal in der Hauptwohnsitz-Gemeinde** oder

mit **Stimmkarte**:

- in einem Wahllokal in jeder Gemeinde Österreichs
- vor einer „fliegenden Wahlbehörde“
- per Briefwahl

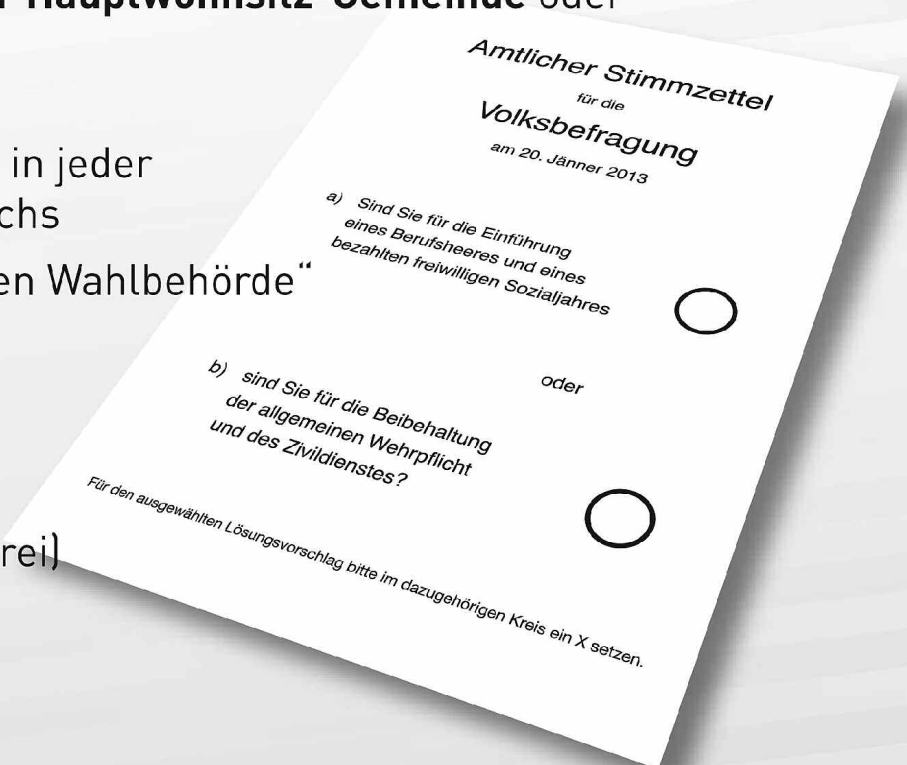
Informationen:

www.volksbefragung2013.at

Tel.: 0800 500 180 (gebührenfrei)
(Mo-Fr 08.00 - 13.00 Uhr)

BM.I 

BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES





SPÖ-Jugendsprecher LAbg.

Mario Trinkl

Foto: zVg

Einheitliches Gesetz für Jugendschutz

In der Süd-Ost-Region ist der Weg für eine Harmonisierung der Ausgehzeiten im Rahmen des Jugendschutzes frei. „Landesrätin Verena Dunst hat beim letzten Ländergipfel einen Durchbruch erzielt. Obwohl sich Tirol und Vorarlberg weiter gegen eine Vereinheitlichung der Jugendschutzbestimmungen sperren, gibt es eine Vereinbarung mit der Steiermark. Davon werden vor allem südburgenländische Jugendliche profitieren“, zeigt sich SPÖ-Jugendsprecher LAbg. Mario Trinkl erfreut.

Bis zum vollendeten 14. Lebensjahr dürfen Jugendliche bis 23 Uhr ausgehen, bis zum vollendeten 16. Lebensjahr bis 1 Uhr früh – und ab dem vollendeten 16. Lebensjahr gibt es keine zeitliche Beschränkung mehr. Bisher durften über 16-Jährige in der Steiermark nur bis 2 Uhr ausbleiben. „Für Jugendliche aus dem Südburgenland gelten dann einheitliche Ausgehzeiten – egal ob sie sich in ihrem Heimatbundesland aufhalten oder in der benachbarten Steiermark“, begrüßt Trinkl die Einigung. •

**Information
&
Service auf
www.gvvgld.at**

LAG nordburgenland plus: Durch Kooperationen fit für die nächste Förderperiode

Die LAG nordburgenland plus ist mit über 70 Mitgliedsgemeinden die größte LEADER-Aktionsgruppe in ganz Österreich und fördert nachhaltige Projekte in den Bezirken Neusiedl, Eisenstadt und Mattersburg. Da sich die aktuelle Förderperiode (2007-2013) bald dem Ende zuneigt, arbeiten die Verantwortlichen bereits an neuen Konzepten für die nächsten Jahre. 2012 wurden über LAG nordburgenland plus 53 Projekte gefördert.

„Derzeit kämpfen wir um eine neue EU-Förderperiode für das Burgenland und den Status als ‚Übergangsregion‘. Damit könnten wir auch nach 2013 die besten Fördermöglichkeiten für Wirtschaft, Tourismus und Bildung bieten. Dass das Burgenland seine ‚Hausaufgaben‘ macht sieht man in vielen Bereichen: Die Entwicklungsstrategie Burgenland 2020 steht, die notwendigen Kofinanzierungen sind im Finanzplan bis 2015 berücksichtigt und auch die LAG nordburgenland plus arbeitet schon an



Obmann KO Christian Illedits mit Obmann-Stv. Rudolf Strommer

neuen Konzepten für die Förderperiode – dabei geht es vor allem um Kooperationen in den verschiedensten Bereichen – von Gemeinden bis hin zur Naturparks und Unternehmen“, erläutert Klubobmann Christian Illedits, Obmann der LEADER-Aktionsgruppe nordburgenland plus. Fit für die neue Förderperiode will die LAG nordburgenland plus durch ein Drei-Stufen-Modell werden: eine Studie zum Thema „Gemeindenetzwerke im Nordburgenland“ wurde bereits realisiert, deren Ergebnisse werden im ersten Halbjahr 2013 mit den „Pilotnetzwerken LAG nordburgenland plus“ getestet, und als abschließender Baustein sollen die gewonnenen Ergebnisse in die neue Entwicklungsstrategie einfließen. •

Finanzielle Entlastung und mehr Rechtssicherheit Einigung: Baurecht neu fix

Das bringt das neue Baurecht: einfachere Verwaltung für die Bevölkerung, mehr Rechtssicherheit für Bürgermeister und finanzielle Entlastung für die Gemeinden.

Auf Initiative des SPÖ-Landtagsklubs unter Einbindung des GVV wird seit 2010 über Änderungen des Baurechts im Burgenland verhandelt. Auslöser war die Kritik vieler Gemeinden, dass beim Bau öffentlicher Gebäude zwingend teure Schutzräume errichtet werden müssen. Diese Vorschrift wurde in anderen Bundesländern längst abgeschafft. Von diesem Ausgangspunkt weg wurde das Bau-

recht gründlich auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüft und auf Ebene der Regierungsparteien nun eine Einigung erzielt. Das neue Baurecht wird am 24. Jänner 2013 im Landtag beschlossen und tritt rückwirkend mit 1. Jänner 2013 in Kraft. Damit wird das Baurecht bürgerfreundlicher und ökologischer. Es bringt Verwaltungsvereinfachungen für die Bevölkerung, eine finanzielle Entlastung der Gemeinden und mehr Rechtssicherheit für Bürgermeister. Außerdem werden die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Alternativ-Energieanlagen verbessert.

Die wichtigsten Neuerrungen: www.gvvgld.at (unter Aktuelle Downloads „Baurecht neu“ anklicken) •

GRAND TOURS TENNISCAMPS 2013

Kroatien Slowenien Österreich Slowakei Spanien Türkei

DIE BESTEN TENNISCAMPS !

EXCLUSIVUNTERKÜNFTE NUR BEI GRAND TOURS BUCHBAR !!!



HOTEL NEPTUN 4****

KROATIEN / INSEL BRIJUNI

Exklusiv & weltweit nur bei Grand Tours buchbar !!!

ab € 245.- (4 Nächte mit HP)

HOTEL FALKENSTEINER CLUB FUNIMATION 4****

KROATIEN / ZADAR / BORIK

All Inclusive mit traumhafter Wellness Oase, sowie ausgezeichnete Tennisanlagen !!!

ab € 225.- (4 Nächte mit All Inkl.)

HOTEL EMPIRE 4****

SLOWAKEI / TRNAVA

Wintercamps bereits ab Nov. 2012 buchbar !!!

ab € 199.- (4 Nächte mit HP)

Sie können über **14 Standorte** in mehr als 6 Ländern Europas zu Top Konditionen buchen !



Fordern Sie jetzt den neuen Grand Tours Tenniscamp Katalog 2013 an:



Anmeldungen, Buchungen, Anfragen, Infos unter:

www.grandtours.at | tennis@grandtours.at | Tel.: 03358 2033

Geodaten-Basis

Am 15.05.2007 ist die Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE) in Kraft getreten. Ziel ist, eine europäische Geodaten-Basis mit integrierten raumbezogenen Informationsdiensten zu schaffen. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, und damit in Österreich jede öffentliche Stelle, somit auch die Länder und die Gemeinden, stufenweise interoperable Geobasisdaten (Geographische Namen, Verwaltungseinheiten, Adressen, Flurstücke, Verkehrs- und Gewässernetze) sowie Geofachdaten (zunächst über Schutzgebiete und Geologie) bereitzustellen.

Kooperationsvertrag

Um die gesetzlichen Verpflichtungen der Gemeinden/Städte über den Austausch und die Führung von digitalen geografischen Daten abzudecken, wurde ein Kooperationsvertrag über die Zusammenarbeit zwischen dem Land Burgenland und den Gemeinden/Städten im Bereich Geoinformation erarbeitet. Damit soll die rechtlich und organisatorisch beste sowie wirtschaftlich günstigste Grundlage für die Umsetzung der Verpflichtungen geschaffen werden. Zur Unterzeichnung ist von Seiten der Kommunen ein Gemeinderatsbeschluss nötig.

Der Vertrag sieht die Einsetzung eines paritätisch besetzten Kooperationsausschusses vor, über den die Erfüllung der Richtlinien überwacht werden und dabei die Interessen von Land, Gemeinden und Städten national und international vertreten werden. Die Konstituierung des Kooperationsausschusses ist im 1. Quartal 2013 geplant.

Bereitgestellte Daten, Infrastruktur und EDV-Anwendungen können von den Gemeinden und Städten uneingeschränkt genutzt werden. Gemeinden oder Städte die den Kooperationsvertrag nicht unterzeichnen sowie deren Projektanten (z.B.: Raumplaner) verlieren das Recht auf Nutzung der vom Land via Netzwerk- oder Datenträger bereitgestellten Daten. •



LH Hans Niessl, KO Christian Illedits und EU-Energie-Kommissar Günther Oettinger wollen, dass das Burgenland noch einige Jahre unterstützt wird Foto: LMS

LH Niessl trifft Energie-Kommissar Oettinger Burgenland EU-weites Vorzeigemodell

Das Burgenland soll als energieautarke Vorzeigeregion in Europa Schule machen. Damit auch weiterhin Fördertöpfe bereit stehen, ist Landeshauptmann Niessl nach Brüssel gereist. Er hat dort Energie-Kommissar Günther Oettinger getroffen.

Kaum eine andere Region in der EU setzt so stark auf Investitionen in erneuerbare Energie, wie das Burgenland. Diese Investitionen werden zum Großteil durch Förderungen aus EU-Töpfen finanziert. Fast eine Milliarde Euro ist seit 1995 von Brüssel ins Burgenland geflossen.

Oettinger: „Burgenland noch für einige Jahre unterstützen“

In Brüssel hat jetzt Landeshauptmann Hans Niessl Energie-Kommissar Günter Oettinger getroffen. „Je länger wir Länder wie die Slowakei, Polen, die Tschechische Republik, Slowenien regional in ihrer Struktur finanziell fördern, müssen wir die direkt angrenzenden Regionen, wie das Burgenland, für einige Jahre auch noch unterstützen“, sagt Oettinger.

„Es darf nicht zu wenig sein“

Das Burgenland soll den Status einer Übergangsregion erhalten und zumindest bis zum Jahr 2020 weiterhin EU-Förderungen erhalten, so Oettinger. Der Status sei wichtig, noch wichtiger sei aber, dass auch genügend Geld im Fördertopf landet, betont Landeshauptmann Hans Niessl. „Es geht darum, dass wir einen möglichst großen Anteil

– prozentmäßig – unserer letzten Fördermittel bekommen. Dass das vielleicht ein Drittel weniger ist oder etwas mehr oder noch weniger wird, das kann schon sein, aber es darf nicht zu wenig sein“, sagt Niessl.

Großes Lob für Burgenland

Großes Lob hat das Burgenland in Brüssel für seine Energiestrategie bekommen. Das Land wisse seine Vorteile zu nutzen, etwa in Sachen Windenergie, so Kommissar Oettinger. Das könne ein Gewinn für angrenzende Regionen sein. „Je mehr wir dieses mit den Nachbarländern vernetzen, kann das auch mit Arbeitsteilung – durch Pumpspeicherung in den Zentralalpen – noch wertvoller werden. Eine gute Entwicklung“, betont Oettinger.

Erst auf Budget einigen

Jetzt gilt es abzuwarten. Erst müssen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf das Budget für die nächsten Jahre ab 2014 einigen. Dann steht fest, ob und mit wieviel Geld das Burgenland gefördert wird. Es geht um viel, denn ohne Förderungen würde es schwierig werden den Aufwärtstrend der vergangenen Jahre fortzusetzen. •



• EUROPA-TICKER • EUROPA-TICKER •

Blaupause Wasser - Zum Schutz der Wasserressourcen Europas

Am 14. November 2012 hat die Europäische Kommission ihre Blaupause Wasser vorgestellt. Diese beinhaltet ambitionierte Ansätze um die Wasserressourcen in Europa zu erhalten und zu schützen.

Nur circa die Hälfte der Wasserkörper in Europa befindet sich in einem guten ökologischen Zustand. Wasserknappheit und Dürre werden sich in den nächsten zwanzig Jahren zu einem Problem ausweiten, welches die EU als Ganzes betreffen wird. Die Maßnahmen die nunmehr in der Blaupause vorgeschlagen wurden, stellen eine Toolbox dar, aus dem die Mitgliedsstaaten die geeignetsten Maßnahmen auswählen können.

Zunehmende Nachfrage nach Wasser, wird bis 2030 zu einem Versorgungsengpass (ca. 40% zu wenig) von Wasser führen. Die Blaupause Wasser will dem entgegenwirken und die europäischen Wasserressourcen erhalten. Sie basiert auf einer breiten Evaluierung der existierenden Maßnahmen und öffentlichen Konsultationen. Es wurde Schlüsselemente definiert, wie die Verbesserung der Nutzung von Land, Verminderung der Wasserverschmutzung, bessere Wassereffizienz und Verbesserung der Steuerungsmaß-

nahmen im Rahmen des Wassermanagements.

60 Prozent der europäischen Flusseinzugsgebiete sind grenzüberschreitend, demnach beeinflusst die Nutzung von Land in einem Staat, die Wasserqualität in dem benachbarten Staat. Langfristig will man mit der Blaupause Wasser die Nachhaltigkeit aller Aktivitäten, die Einfluss auf Wasser nehmen, verbessern.

Es braucht eine bessere Umsetzung und Integration der Wasserpolitik in andere Politikbereiche, wie zum Beispiel in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die Kohäsionspolitik und die Strukturfonds. Es gibt eine Vielzahl von Problemen im Bereich des Wassermanagements durch nicht ausreichende Verwendung wirtschaftlicher Instrumente, mangelnde Unterstützung bestimmter Maßnahmen, schlechte Steuerungspolitik und Wissenslücken.

Weitere Informationen:

Blaupause Wasser

http://ec.europa.eu/environment/water/blueprint/pdf/COM-2012-673-final_EN_ACT-cov.pdf

Homepage der Europäischen Kommission, Umwelt

http://ec.europa.eu/environment/water/blueprint/index_en.htm

EU-Finanzrahmen

Der Europäische Rat ist mit seinen Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 - 2020 auf Grund zu unterschiedlicher Positionen der Mitgliedsstaaten vorige Woche gescheitert. Derzeit ist es nicht absehbar, wann der Europäische Rat weitere Verhandlungen zum MFR aufnehmen wird, als nächster möglicher Termin wird momentan Mitte Jänner ins Auge gefasst.

Die Zeit drängt die Verhandlungen zum MFR abzuschließen, große Politikbereiche, wie die Regionalpolitik und die Gemeinsame Agrarpolitik werden erst mit dem Abschluss der Verhandlungen zum MFR fertig verhandelt werden. Ein Scheitern der Verhandlungen gilt als keine gangbare Möglichkeit, dies würde in der Folge bedeuten, dass keine mittel- bis langfristige Planung in der EU möglich ist.

Weitere Informationen:

<http://www.consilium.europa.eu/special-reports/mff/10-things?lang=de>

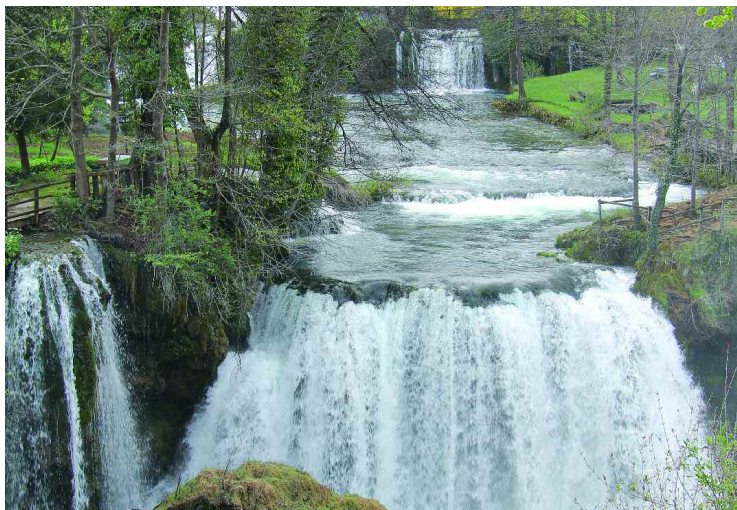
Aktiv Altern

Die Europäische Kommission hat eine Broschüre mit dem Titel der „EU-Beitrag für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ veröffentlicht, die nunmehr auch auf Deutsch vorliegt. Im Rahmen des Europäischen Jahres 2012, welches sich diesem Thema widmet, beschäftigt man sich in der Broschüre mit den verschiedenen Aspekten der Bevölkerungsalterung. So wird zunächst auf die existierende EU-Gesetzgebung dargestellt, worauf eine Beleuchtung der Rolle der europäischen Förderpolitik erfolgt. Letztlich werden konkrete Hilfen für Entscheidungsträger vor Ort angeführt.

Weitere Informationen:

Broschüre zum Download

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=de&pubId=6920&type=2&furtherPubs=no>



Europäische Wasserressourcen sollen erhalten und geschützt werden



**CrossFit aktiviert Ihren Stoffwechsel extrem,
Kraft- und Ausdauertraining in Kombination!**

Athletics Mock
Bundesstrasse 50 FMZ
7210 Mattersburg

Tel. 0680 1327710
www.athletics-mock.at
info@athletics-mock.at

WIR PRODUZIEREN

**ZEITUNGEN
MAGAZINE
FILME
WERBUNG**

**PUBLIC RELATIONS
SONDERPROJEKTE
WEBSOLUTIONS**

für

Städte + Gemeinden

Verbände + Vereine

Gewerbe + Handel + Industrie

**DIE SCHREIBMEISTER OG
Manfred Murczek**

2491 Neufeld • Lisztg. 2

02624 / 521 02

0676 / 610 62 97

murczek@speed.at

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvgld.at

Redaktion:

DIE SCHREIBMEISTER OG
Manfred Murczek
Lisztgasse 2, 2491 Neufeld/L.

Herstellung:

DANEK Grafik • Repro • Druck
Industriestraße I/11, 7053 Hornstein

P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt
Zulassungsnummer: 02Z034036 M